

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/3223 –

Das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin und der Rechtsextremismus

In der Presse des bundesdeutschen Rechtsextremismus wird gegen das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin Sturm gelaufen.

So schreibt die neofaschistische „National-Zeitung“ über dieses zentrale Denkmal und das generelle Gedenken an die Opfer des Faschismus: „Man fragt sich allerdings, ob heutige Generationen der Deutschen, die während des Krieges Kinder oder noch gar nicht geboren waren, überhaupt um Vergebung für etwas bitten müssen, mit dem sie rein gar nichts zu tun haben. Und wie sollen sie etwas nicht vergessen, was sie nicht erlebt haben? Allerdings dürfen sich nun viele Deutsche fragen, welchen Sinn eine über Maßen teure Wiedergutmachung haben soll, wenn ohnehin keine Vergebung und somit wohl auch keine Versöhnung zu erwarten ist. (...) In mehreren Umfragen hat sich die überwältigende Mehrheit der Berliner gegen die antideutsche Mahnmalsflut in ihrer Stadt ausgesprochen...“ (National-Zeitung, 4. Februar 2000).

Die rechtsextreme „Deutsche Stimme“ schrieb über die Demonstration der „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal“ am 29. Januar 2000 unter der Überschrift „Deutliche Worte gegen das >Schandmal<“: „Mit weit hörbaren Parolen wie >Hier marschiert der nationale Widerstand< machten die Teilnehmer ihren Protest gegen die als antideutsch verurteilte Politik der Systemparteien deutlich. In einer Ansprache an die versammelten Teilnehmer bezeichnete der Parteivorsitzende der NPD, Udo Voigt, das so genannte Mahnmal unter lautem Beifall als >Schandmal<“. Die „Deutsche Stimme“ ist der Ansicht, dass die 700 neofaschistischen Demonstranten „nur dem unterschweligen Unbehagen von vielen Deutschen öffentlich Ausdruck verliehen, die das monströse Mahnmal ablehnen. Schließlich sprachen sich in Umfragen satte Mehrheiten gegen den Baubeginn aus.“ (Deutsche Stimme, März 2000).

Auch die Zeitung der militärischen Traditionsvereine „Verband deutscher Soldaten“ und „Ring deutscher Soldatenverbände“ mit dem Titel „Soldat im Volk“, bei der sich nach Feststellung der Bundesregierung einzelne tatsächliche Anhaltspunkte für einen rechtsextremen Hintergrund ergeben haben (Drucksache 14/3119, Frage 7), schlägt „zu diesem leidigen Thema“ vor, schon aus Kostengründen das Holocaust-Mahnmal in Berlin nicht zu bauen. (Soldat im Volk, Dezember 1999).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 2. Mai 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Welche Aktivitäten seit 1999 von welchen rechtsextremen bzw. rechtsextrem durchsetzten Organisationen/Parteien/Verbänden gegen das geplante Holocaust-Mahnmal sind der Bundesregierung bekannt?

Am 29. Januar 2000 fand eine Protestdemonstration in Berlin-Mitte statt, an der ca. 600 Personen teilnahmen. Sie war von einem Mitglied der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) für eine „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal“ angemeldet worden. Als Redner traten u. a. der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und der Hamburger Neonazi Christian Worch auf.

Über die „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal“ liegen keine zusätzlichen Erkenntnisse vor.

2. In welchen rechtsextremen bzw. rechtsextrem durchsetzten Publikationsorganen wurde seit 1999 gegen das geplante Holocaust-Mahnmal Stellung genommen?

Neonazis haben in ihren Publikationen gegen das geplante Holocaust-Mahnmal polemisiert. Dazu gehört beispielsweise Manfred Roeder, der das Mahnmal in seinem Rundbrief „Deutsche Bürgerinitiative“ vehement abgelehnt hat. In diversen Internet-Homepages und anderen von Neonazis betriebenen Medien wurde das geplante Mahnmal ebenfalls thematisiert. Auch Publikationen aus dem Umfeld der „Deutschen Volkunion“ (DVU), wie die „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“, die „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“, die „Deutsche Stimme“ der NPD und „Der Republikaner“ der Partei „Die Republikaner“ (REP) haben die Errichtung des Holocaust-Mahnmals scharf kritisiert und abgelehnt. Außerdem veröffentlichten auch organisationsunabhängige rechtsextremistische Publikationsorgane Artikeln und Meldungen zu dem geplanten Mahnmal, so beispielsweise „Nation & Europa“, die Zeitschrift „Staatsbriefe“ und der „PHI-Deutschlanddienst“.

3. Wie viele rechtsextrem motivierte Straftaten hat es seit 1999 im Zusammenhang mit dem geplanten Holocaust-Mahnmal gegeben?

Im Zusammenhang mit dem geplanten Holocaust-Mahnmal wurden dem Bundeskriminalamt im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Staatsschutzsachen (KPMD-S) seit 1999 fünf rechtsextremistisch motivierte Straftaten gemeldet (2 × Volksverhetzung, 3 × Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

4. Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Kenntnisse über die „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal“ vor, und wenn ja, welche?
 - a) Welche Verbindungen unterhält die Initiative zu welchen nationalen rechtsextremen Organisationen?
 - b) Welche Verbindungen unterhält diese Initiative zu welchen internationalen rechtsextremen Organisationen?
 - c) Wie viele Mitglieder hat diese Organisation?

Über die Antwort zu Frage 1 hinausgehende Informationen liegen der Bundesregierung nicht vor.

5. Wie viele rechtsextrem motivierte Straftaten wurden im Zusammenhang mit der Demonstration der „Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal“ am 29. Januar 2000 in Berlin
 - im Vorfeld der Demonstration,
 - während der Demonstration,
 - nach der Demonstrationbegangen?

Im Zusammenhang mit der Demonstration am 29. Januar 2000 in Berlin wurden dem Bundeskriminalamt im Rahmen des KPMD-S drei Straftaten gemeldet (jeweils Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

